KFLF/BAFF

17. MRZ 1989

031.82

No. 2. März 1989 /ub

# Die schweizerische Armee aus der Sicht unserer Innen- und Aussenpolitik

# Referat von alt Ständerat Franz Muheim, Altdorf gehalten am Rapport der Ter Zone 9, 28. Januar 1989 in Zug

Im Auftrag von

FRANZ MUHEIM FÜRSPRECH UND NOTAR

Altdorf, den 16 Man 1984 Die Sekretärin

ie Sekretärin

A Sunter

T. MRZ. 1989

Kdt
Stabsot
Sekr
C AKP
SFFND
SPL
Info D
Dok D

CFE
BAFF
BAMF
Regi

KFLF

#### Inhaltsverzeichnis

- 1. Einige Kernsätze, die in die staatspolitische Tiefe des Themas weisen
- 2. Die Armee und die staatlichen Strukturen
- 3. <u>Die Innen- und Aussenpolitik unseres Landes sind bestimmende</u>
  <u>Faktoren</u>
- 3.1 Ein paar Beispiele aus der Innenpolitik
- 3.2 Aussenpolitische Gesichtspunkte
- 4. <u>Die weltpolitischen Machtverhältnisse sind einem dauernden</u> Wandel unterworfen
- 4.1 Die Supermächte verlieren an weltpolitischer Macht
- 4.2 Die konventionellen Waffen sind ein Kernanliegen für Abrüstung und Friede
- 4.3 Neue Machtzentren
- 4.4 Europa
- 5. Aus dem weltpolitischen Kontext ergeben sich eine Reihe von Schlussfolgerungen
- 6. Der Zustand der Gesellschaft wirkt auf die Armee ein
- 6.1 Die gesellschaftlich bestimmenden Faktoren
- 6.2 Der Staat und seine Institutionen haben die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu verändern, sondern ihre Aufgabe angesichts der gegebenen "inneren Lage der Nation" zu erfüllen
- 7. Drei Schlusserklärungen

# 1. <u>Einige Kernsätze, die in die staatspolitische Tiefe des</u> Themas weisen

- 1.1 Politik beinhaltet das Handeln der staatlichen Organe mit dem Ziel, allen Bürgern innere und äussere Freiheit in weit möglichstem Masse zu gewährleisten.
- 1.2 Wer die freie Entfaltung des Bürgers will, hat hiefür die Voraussetzungen zu schaffen. Diese sind: Ordnung und Friede im Innern sowie Unabhängigkeit und Friede nach Aussen. Ohne die Gewährleistung dieser Staatsziele gibt es weder Wohlfahrt noch Wohlstand, weder Freiheit noch Menschenwürde, weder Bewahrung der nationalen Identität noch Demokratie.
- 1.3 Die Armee ist eines der zahlreichen Instrumente des Staates zur Verfolgung der obgenannten Ziele. Sie wird von der Innenpolitik normiert und von der Aussenpolitik mitbestimmt.
- 1.4 Gesellschaftliche Entwicklungen im Innern unseres Landes und weltpolitische Vorgänge sind für Staat und Armee in gleicher Weise bestimmende Einflussfaktoren.

#### 2. Die Armee und die staatlichen Strukturen

Diese Kernaussagen zeigen mit aller Deutlichkeit, dass es bei der "Sicht der Politik über die Armee" - wie die mir gestellte Aufgabe im Untertitel umschrieben wurde - um substantielle Dinge geht, mit denen man nicht spassen darf. Sie machen ebenfalls deutlich, dass dieser Gegenstand weit über das Tagesgeschehen hinausweist, langfristige Dimensionen aufzeigt und daher einen weiten Blick für die zukünftige Entwicklung unseres Landes und für das damit verbundene Schicksal unseres Volkes erfordert.

Die Armee hat somit etwas Grundsätzliches zu bedeuten und hat etwas mit Friede und Freiheit zu tun. Daher sind <u>alle Organe</u> der schweizerischen Politik mit Armeefragen befasst. Diese wirken aufgrund ihrer verfassungsmässigen Zuständigkeiten zusammen und

- schaffen die Armee als Institution,
- setzen für sie die gewünschten Ziele,
- umschreiben ihren Auftrag und ihre Aufgaben,
- bestimmen Grösse und Grenzen und
- legen schliesslich das Koordinatennetz fest, in dem die Armee ihren Handlungsspielraum zugewiesen erhält.

Daher kann sich der <u>Bundesrat</u> nie von der Aufgabe dispensieren, die politische Lage im Innern unseres Landes und ausserhalb unserer Grenzen mit aller Sorgfalt und forschender Aufmerksamkeit permanent zu verfolgen. Daraus hat er der Armee deutlich zu befehlen, wo sie konstante Werte unbedingt beizubehalten hat und in welcher Richtung sie sich neuen Erfordernissen zeitgemäss anzupassen hat.

Das <u>Parlament</u> darf sich daher nie der Verantwortung entziehen, der Armee ihre staatspolitische Rolle in Erinnerung zu rufen und ihr demzufolge die erforderlichen Mittel zuzuweisen. Dies ohne auf momentane Volksstimmungen zu schielen und ohne auf böse Kritik oder wohlwollendes Lob seitens der mächtigen Massenmedien Rücksicht zu nehmen. Der Parlamentarier hat dem Wahlvolk "ohne Wenn und Aber" seine persönliche Einstellung zur Armee vorzulegen. Er hat ohne Zögern den Bürgern und Bürgerinnen jeder politischen Couleur und jeden Alters von seinen Ueberzeugungen nachdrücklich Kenntnis zu geben.

Das Schweizervolk kann sich niemals aus seiner hohen Verantwortung davon stehlen und sich etwa der Armee kurzerhand "entledigen" oder sie als einen diskussionsunwürdigen Gegenstand bezeichnen. Das Volk ist es der Geschichte seines Landes schuldig, den Stellenwert und die Aufgaben des Wehrwesen im Staatsganzen immer wieder neu zu definieren. Es muss vor den Vorfahren, vor der gegenwärtigen staatlichen Gemeinschaft und schliesslich vor den kommenden Generationen bestehen können. Der Bürger bleibt für das Ganze verantwortlich. Er kann eine Ablehnung der Armee nicht mit dem Hinweis auf die - zugegebenermassen zahlreichen Unvollkommenheiten und die nicht seltenen Fehlleistungen rechtfertigen. Er darf seine allfällig fehlende Opferbereitschaft und seine allfällig grundsätzliche Gegnerschaft zur Armee nicht mit Kritik an dieser oder jener negativen Erscheinung der Armee camouflieren. Es gibt angesichts unserer hoch entwickelten Demokratie für unser Volk keine Ausrede und kein Ausweichmanöver; es muss zur Armee grundsätzlich in diesem oder jenen Sinne Stellung beziehen.

Die <u>Armee</u> ihrerseits hat ihren gegebenen Auftrag zu erfüllen und sich als treue Dienerin der staatlichen Gemeinschaft zu verstehen. Sie hat ihr Tun auf allen Stufen der Führungshierarchie dem erklärten Willen der Politik bedingungslos unterzuordnen.

# 3. <u>Die Innen- und Aussenpolitik unseres Landes sind bestimmende</u> Faktoren

Zielkonflikte bei der Verfolgung verschiedener Staatsaufgaben sind unvermeidlich. Sie beruhen auf der natürlichen Tatsache, dass jedes Land und erst recht der Kleinstaat Schweiz nur über beschränkte finanzielle und personelle Ressourcen verfügt und die Staatsquote so niedrig als möglich zu halten ist, wenn dem Bürger ein möglichst grosser Freiraum zur eigenständigen und selbstverantworteten Verwendung seiner privaten Mittel gewährleistet werden soll.

## 3.1 Ein paar Beispiele aus der Innenpolitik:

- Die Politik bestimmt das finanzielle Gewicht, das der Armee im Verhältnis zu andern Aufgaben zufallen soll. Sie bestimmt die Budgetanteile für Sicherheitspolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildung und Wissenschaft usw. Es kann sich dabei nicht um eine Politik des "Entweder Oder" handeln. Eine pflichtbewusste und sorgfältige Abwägung der Erfordernisse der verschiedenen Politikbereiche ist notwendig, um das Gesamte als ein festgefügtes staatspolitisches Netzwerk zu erhalten und zu fördern. Wer einen Aufgabenbereich gegen andere radikal ausspielt, bedient sich primitivster politischer "Holzhackermethoden".
- Die Armee bringt für die verschiedenen Regionen unseres Landes ungleiche Vorteile und Belastungen. Diese Tatsache ruft nach einer Politik des Ausgleichs. Es ist eine Art Opfersymmetrie anzustreben. Indessen kann es nicht in Frage kommen, lediglich im Bereich der Verteidigung den erforderlichen Ausgleich ins Auge zu fassen. Alle Politikbereiche müssen insgesamt und als Ganzes gesehen Vorteile und Lasten übers Land und über die verschiedenen Gruppen unseres Volkes angemessen verteilen. Die Eidgenossenschaft ist jedoch nicht eine technokratische Struktur, die einem perfekten Buchhaltungssystem von "Soll und Haben" entspricht. Unser Land ist eine staatliche Gemeinschaft, in der die Rechnung nie nur nach quantitativen Methoden erstellt werden darf.

- Die Politik bestimmt das Mass an Opfer, das dem Wehrmann abverlangt werden soll. Sie bestimmt die Dienstleistungszeiten, Fragen der wöchentlichen Einsatzzeiten, Beanspruchung zu Nachteinsätzen, das Mass der Ruhezeiten und des Urlaubs usw. Der Umfang des finanziellen Ausgleichs im Sinne des Militärsoldes und vor allem der Lohnersatzordnung ebenfalls ist der politischen Entscheidung unterstellt.
- Schliesslich müssen die politisch Verantwortlichen auch das Mass und die Grenzen der Risiken bestimmen, sind doch solche umso höher, je näher die militärischen Uebungen und Einsätze der kriegerischen Wirklichkeit angenähert werden. Es stehen Fragen des Verlustes und der Zerstörung von Sachwerten, Risiken der Gesundheit der Wehrmänner und im Letzten sogar die Möglichkeit des Verlustes von Menschenleben auf dem Spiel. Die Politik trägt hier eine moralisch zu untermauernde Verantwortung.
- Schliesslich bringt die Armee dem Bürger ganz allgemein Belastungen, wie Lärm (Flieger, Panzer, Motorfahrzeuge, Scharfschiessübungen usw.), Nachruhestörungen als Folge militärischer Uebungen, Behinderung des zivilen Strassenverkehrs, Beeinträchtigung von Grundeigentum und der freien Bewegung in der Natur, nicht zuletzt in Fremdenverkehrsgebieten. Die Politik hat Mass und Umfang der Interessensausgleiche festzulegen.

### 3.2 Aussenpolitische Gesichtspunkte:

Unsere Aussenpolitik ist Interessenwahrung gegenüber ausländischen Regierungen, fremden Staaten und ihren Völkern. Dies unter Berücksichtigung derer Interessen mit dem Ziel, Interessensausgleiche auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen. Um im grenzüberschreitenden Beziehungsnetz der verschiedensten Politikbereiche (Verkehr, Justiz, Oekologie usw.) beste-

hen zu können, bedarf es des geschulten und gekonnten Einsatzes einer immer präsenten Diplomatie. Es ist unsere Bereitschaft zu finanziellen Leistungen beispielsweise für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit abgefordert. kennen unsere Politik der sogenannten "Guten Dienste". Wir verweisen auf die friedenserhaltenden Massnahmen und viele andere Aktivitäten. Aussenpolitik eines Kleinstaates kann jedoch mit Glaubwürdigkeit nur dann erfolgreich geführt werden, wenn unser Land zur internationalen Stabilität beiträgt. Dies erfolgt nicht zuletzt durch die eigene Verteidigungsbereitschaft, welche richtigerweise seit vielen Jahren zur Gesamtverteidigung im Sinne des Einsatzes von Aussenpolitik, Aussenwirtschaftspolitik, Informationspolitik, Staatssicherheitspolitik, Zivilschutz usw. ausgeweitet wurde. Die nationale Eigenständigkeit und internationale Handlungsfreiheit bedarf als ultima ratio einer militärisch geschulten Armee. Sie ist sozusagen das Rückgrad und das Korsett der Aussenpolitik.

Wer sich zudem keinen militärischen Blöcken anschliessen will, wer seine eigene Verteidigung nicht einem "stärkeren Schutzherrn" anvertrauen will und wer eine neutrale Position zwischen andern Staaten und ihren militärischen Kräften einnehmen will, kann nicht auf seine eigene Armee verzichten. Andernfalls wird das Land zwischen den militärisch-politischen Blöcken zerrieben. Diese Aussage findet ihre deutliche Untermauerung in der Weltgeschichte und nicht zuletzt in den Ereignissen der neuesten Zeit.

# 4. <u>Die weltpolitischen Machtverhältnisse sind einem dauernden</u> Wandel unterworfen

Dies gilt im besonderen Masse in der jetzigen Zeit. Offensichtlich sind festgefügte Machtpositionen und innenpoliti-

sche Verhältnisse führender Nationen auf dem Weg zu einer Neuausrichtung. Dies ist ganz gewiss. Ungewiss ist indessen, wohin die historische Wende weist.

### 4.1 Die zwei Supermächte verlieren an weltpolitischer Macht

Die grossen Staaten der Welt, die USA und die Sowjetunion, haben mit ihrer militärischen Macht, mit dem Besitz der Atombombe und mit ihrer weltumspannenden Interventionspolitik die letzten 40 Jahre beherrscht. Heute zeigen sich innere Probleme, mit denen beide Länder konfrontiert sind. Es ist an die nicht unbedenklichen Defizite in den Staatshaushalten und im aussenwirtschaftlichen Verhältnis zu denken. Die einen Völker verlangen nach besserer Berücksichtigung ihrer sozialpolitischen Postulate und nach besserer Schulung und Ausbildung, während die andere Grossmacht dem Begehren ihres Volkes nach Erhöhung des Lebensstandards gegenübersteht. Nationalitätenfragen und Schwierigkeiten religiösen Fundamentalismus verschärfen diese Probleme. Es kann vermutet werden, dass sich die beiden Supermächte im Verlaufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte auf ihre eigentlichen Kernterritorien zurückziehen. Die globalpolitischen Engagements dürften abgebaut werden. Beide Staaten werden die Kosten ihrer Superrüstung neu überprüfen. Fragen der Truppenbestände im europäischen Raum stehen heute schon im Mittelpunkt. Zwischen USA und Europa wird das Problem der Kostentragung der militärischen Bereitschaft zu einem Dauerbrenner werden.

Diese Rückzugsbewegungen sind zum Teil eine Folge der Erosion der politisch-militärischen Macht schlechthin. Sie sind aber auch getragen von der Einsicht, dass die Kernwaffen vor allem mit Beständen eines totalen Overkilling kein taugliches Mittel zur Kriegführung sind. Jeder militärischen Aktion liegen

politisch-wirtschaftliche oder andere wichtigste nationale Interessen zugrunde. Solche interessensbedingten Absichten können indessen nicht verfolgt werden, wenn durch den Einsatz von Kernwaffen nicht nur der anvisierte Gegner und seine menschlichen und wirtschaftlichen Potenzen, sondern auch ungezählte befreundete und neutrale Staaten sowie schliesslich die eigenen Völker in unvorstellbar schwerster Weise getroffen werden. Aus dieser Sicht sind die INF-Verträge, die Erklärungen über den Abbau strategischer Nuklearwaffen, Diskussionen über den Rückzug taktischer Kernwaffen in völliger Logik verständlich. Erfahrungen im Anschluss an Tschernobyl, Studien über die Klimaveränderungen als Folge eines möglichen Kernwaffenkrieges, die Risiken der Eskalation eines konventionell begonnenen Krieges zu einem Atomkrieg sowie moralische Hemmungen und allgemeinen Widerstand der Bürger hüben und drüben scheinen diese nüchternen Beurteilungen zu untermauern. Gleichzeitig ist das politische Klima - mindestens im Moment - entspannter denn je. Diese Entwicklungen sind keineswegs gesichert und hängen weitgehend vom nächsten Gang der Dinge im Verlaufe der kommenden Jahre ab.

# 4.2 <u>Die konventionellen Waffen sind ein Kernanliegen für Abrüstung und Friede</u>

Die konventionellen Waffen und die chemisch biologischen Zerstörungsmittel haben an militärischem Gewicht gewonnen und daher an weltpolitischer Bedeutung gewaltig zugenommen. Es ist daher eine dornenvolle und jahre-, vielleicht jahrzehntelange Aufgabe der Staaten, den Abbau der konventionellen Waffenarsenale voranzutreiben. Ohne grundlegende Fortschritte in diesen Bereichen ist der Friede weniger gesichert denn je. Die 23 NATO- und WAPA-Staaten haben im Schosse der KSZE das Mandat für Verhandlungen festgelegt. Es kann nicht übersehen

werden, dass ein Abbau der konventionellen Kriegsmaschinerie von einem heute in Europa und in vielen Teilen der Welt enorm hohen Niveau auszugehen hat. Dies gilt in quantitativer Hinsicht, nicht weniger aber bezüglich der hohen Technik eines grossen Teils dieses Kriegsinstrumentariums. Dies gilt erst recht hinsichtlich der strategisch offensiven Organisation gewisser Armeen, ihrer Angriffsdoktrin, der Schulung von Führung und Truppe sowie logistischer Vorbereitungen. Wenn in einem ersten Schritt an den Abbau der Disparitäten zwischen WAPA und NATO herangegangen wird, dann ist dies zu begrüssen und als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu qualifizieren. Wenn die chemischen Waffen in die Abrüstungsverhandlungen miteinbezogen werden sollen, ist das Problem nicht einfacher, handelt es sich doch um eine relativ leicht herstellbare "Waffe des kleinen Mannes" im Gegensatz zu den Kernwaffen, die nur den technologisch fortschrittlichsten Staaten zugänglich sind. Es gilt nach fachkundigen Aussagen, dass die Zerstörung nur schon der heute vorhandenen chemischen Waffenarsenale mehr denn 10 Jahre Zeit beansprucht. Schliesslich spricht man davon, dass Armeen der "reinen Verteidigungsfähigkeit" geschaffen werden sollen. Dies im Sinne des reasonable defence sufficiency? Schliesslich wird die notwendige Kontrolle und Verifizierbarkeit des Abbaues konventioneller und chemischer Waffen den verhandelnden Regierungen und Spezialisten schwerste Knacknüsse aufgeben. Dies alles dauernd zu verfolgen und sorgfältig zu erwägen ist die Aufgabe des "Bürgers und Soldaten".

#### 4.3 Neue Machtzentren

Es sind neue weltpolitische Machtzentren im Kommen. Im Mittleren und nicht weniger im Fernen Osten gibt es klar erklärte regionale Führungsansprüche gewisser Staaten. Eine Reihe streitbarer Nationen, ebenso ambitiöse Führer und religiöse Fundamentalismen sowie unberechenbare Beherrschungsallüren sind in weiten Regionen der Welt ohne Mühe feststellbar.

### 4.4 Europa

Die EG ist zweifelsohne der Beginn eines "Neuen Europa". Längerfristig muss damit gerechnet werden, dass die heute schon nicht einfachen NATO-internen Probleme zusätzlich durch die Frage überlagert werden, ob und wie weit die europäische Gemeinschaft eine eigene Sicherheitspolitik zu entwickeln beginnt. Jedenfalls ist dann, wenn Europa eine gemeinschaftliche Aussenpolitik zu führen sich anschicken wird, die Frage nach einer selbständigen europäischen Armee mit aller Dringlichkeit gestellt.

Die Weltpolitik und ihre machtmässigen Veränderungen sind die Grundlagen, nach denen die Qualität unserer Armee zu bestimmen ist. Darunter verstehen wir Art und Umfang unserer Bewaffnung, Ziele und Anforderungen an unsere Ausbildung sowie das Mass der Bereitschaft unserer Truppen. Welch eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe! Sie erfordert den offenen Blick und die sachkundige Schau in eine komplexe und zum Teil widersprüchliche Weltentwicklung. Sie erfordert auch ein ausgesprochenes Gefühl für geschichtliche Veränderungen und echte Realitäten.

# 5. Aus dem weltpolitischen Kontext ergeben sich eine Reihe von Schlussfolgerungen

- Weil konventionelle Kriege offensichtlich wahrscheinlicher

werden, liegt die Schweizerarmee mit ihrer rein konventionellen Bewaffnung - ohne Kernwaffen und ohne eigene chemische Waffen - voll richtig.

- Wenn sich die Grossmächte und ihre militärischen Blöcke im Gegensatz zur heutigen Ueberraschungs- und Angriffsfähigkeit zur reinen Verteidigungsdoktrin und entsprechender Organisation und Ausrüstung ihrer Armeen bekennen sollten, dann ist unser Armeesystem dieser grundsätzlichen Aenderung heute schon gerecht geworden. Sie kann der möglichen zukünftigen Entwicklung geradezu als Prototyp dienen.
- Die Europafähigkeit erfordert von unserem Land die Fähigkeit, das eigene Territorium als Teil des europäischen Kontinents sichern und halten zu können. Hiezu ist unsere Armee fähig und muss fähig erhalten werden.
- Die Erosion der Bipolarität von USA und Sowjetunion lässt höhere Kriegsgefahren erkennen. Mittlere und grössere Mächte mit durchaus hoch entwickeltem technischen Gerät können es sich bei einem globalen Desengagement der Grossmächte umso eher erlauben, Kriege in ihrer Region zu führen. Chaotische Weltzustände sind in einigen Gegenden des Globus keineswegs auszuschliessen. Eine Schweizerarmee ist deswegen unverzichtbar.

### 6. Der Zustand der Gesellschaft wirkt auf die Armee ein

#### 6.1 Die gesellschaftlich bestimmenden Faktoren

Jede Zeit hat ihre besonderen Charakterzüge. Diese bestimmen den inneren Zustand einer Nation. Es sind die folgenden Faktoren von grundlegender Bedeutung, welche den "Zeitgeist" bestimmen: die Denkensart des Bürgers, seine Einstellung zum Leben, zum Sinn seines Tuns und sein Verhältnis zum Tod. Dazu zu rechnen sind auch: die Gestaltung des Verhältnisses des Menschen zum Mitmenschen, zur Familie und zur staatlichen Gemeinschaft. Der gesellschaftliche Zustand einer Nation wird zudem wesentlich mitbestimmt durch die seelische Tragfähigkeit seiner Bürger, durch die Art, wie sie mit Unangenehmem, mit Einschränkungen und Einengungen aller Art zu Rande kommen. Auch die moralischen Fragen sind derartige Bestimmungsfaktoren.

Es ist selbstverständlich, dass der gesellschaftliche Zustand eines Volkes das Privatleben und das öffentliche Leben nicht unberührt lässt. Der innere Zustand der Nation beeinflusst nicht nur den Staat und ist kein exklusives Anliegen der Armee, sondern berührt die Betriebe und Unternehmen, die Schulen und die Kirchen, die Vereine und die politische Teilnahme oder Nichtteilnahme des Bürgers am staatlichen Geschehen.

6.2 Der Staat und seine Institutionen haben die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu verändern, sondern ihre Aufgabe angesichts der gegebenen "inneren Lage der Nation" zu erfüllen

In einer freiheitlichen Gesellschaft haben Staat und Armee die einmal gegebene "innere Lage der Nation" zunächst zu akzeptieren. Sie können und dürfen nicht einen andern Menschen schaffen wollen. Vielmehr haben Staat und Armee die ihnen anvertrauten Menschen und die durch ihre Mentalität beeinflussten Umstände und Verhaltensweisen so zu akzeptieren, wie sie nun einmal gegeben sind. Ein Wandel der herrschenden gesellschaftlichen Zustände, Ideen, Ideale und Ideologien sowie der jeweils geltenden Konventionen und der allgemein vorherr-

schenden Anschauungen kann staatlich nicht verordnet werden. Es sind die Einzelmenschen, welche durch ihr frei gewähltes Handeln, durch ihre Geisteshaltung und ihre Wertordnung sowie ihr Ethos den Wandel des Zeitgeistes bewirken. Dabei wird der Einzelmensch jedoch durch die in Staat und Armee, in Kirche und Wirtschaft, in Familie und Verein mithandelnden Personen massgebend beeinflusst.

Staat und Armee haben ihren Auftrag zu erfüllen und ihre vorgegebenen Ziele zu verfolgen. Es ist ausschliesslich der Führungskunst der massgebenden Persönlichkeiten übertragen, mit der gegebenen gesellschaftlichen Lage fertig zu werden und eben den jeweils konkreten Menschen auf die Mitarbeit bei der Aufgabenerfüllung hinzuleiten. In der Armee obliegt es in besonderem Masse dem Offizierskorps und seinen Führungsqualitäten, seiner Begeisterungsfähigkeit, seinen Motivationsimpulsen, seiner Ueberzeugungskraft usw. die der Armee übertragene Aufgabe zu erfüllen, d.h. die Armee schlagkräftig zu erhalten und ihre Kraft zu mehren. Die Aufgabe der Armee, Frieden und Freiheit mit militärischer Kraft als ultima ratio zu gewährleisten, muss auch bei schwierigen gesellschaftlichen Verhältnissen erfüllt werden können.

Wenn - wie oben dargelegt - die weltpolitischen Machtverhältnisse die Anforderungen an unsere Armee in direkter Weise
beeinflussen, so ist demgegenüber der innere Zustand des Volkes sozusagen als das geistige und gesellschaftliche Umfeld
zu betrachten, aus dem die Armee ihre innere Kraft, aber auch
ihre Anfechtungen und Schwierigkeiten bezieht. Hoffen wir,
dass der geistig moralische Zustand der Armee die Erfüllung
ihrer Aufgabe nicht gefährdet.

### 7. <u>Drei Schlusserklärungen</u>

Wer die Schweizerarmee aus der Optik unserer Innen- und Aussenpolitik beurteilt und die Bedeutung des weltpolitischen Kräftewandels und die bestimmenden Einflüsse des gesellschaftspolitischen Umfeldes darlegt, muss abschliessend ein paar Kernsätze festhalten.

- 7.1 Illusionen als die fatale Verwechslung von Worten mit Realitäten erfordern immer schwerste Opfer, wenn der Weg zurück zu den echten politischen Gegebenheiten angetreten werden muss.
- 7.2 Jeder Wandel im allgemeinen und in der Politik im besondern ist ein lange dauernder Prozess über Jahre hinaus und oft über Jahrzehnte hinweg mit übrigens ungewissem Ausgang. Wandel ist der erste Schritt zu zukünftigen Veränderungen. Diese können nie mit prophetischer Sicherheit zum voraus erkannt werden.
- 7.3 Die Meisterung neuer Entwicklungen erfordert eine hohe moralische Kraft aller Bürger und Bürgerinnen, in besonderem Masse das leuchtende Vorbild der Verantwortlichen und die Bereitschaft Vieler, mehr zu leisten als das Normalmass erfordert. Die Liebe zur Heimat ist eine unabdingbare Voraussetzung hiezu.

Caveant consules, ihr Chefs, seid aufmerksam!